



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Ottmar von Holtz
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Michaelis
Staatssekretär

Berlin, den 23. März 2018

Schriftliche Fragen für den Monat März 2018
Frage Nr. 3-182

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre Frage:

Wie engagiert sich die Bundesregierung für Rechtsstaatlichkeit im Iran im Allgemeinen, da es immer wieder zu Verhaftungswellen gegen Angehörige der Baha'i kommt, und welche Perspektive bietet die Bundesregierung konkret der Familie der Baha'i Angehörigen Mitra Badrnejad Zahadi, die am 3. März 2018 in der Stadt Ahvaz verhaftet wurde (ihr Aufenthaltsort ist den Familienangehörigen seitdem ebenso wenig bekannt, wie die Gründe für die Verhaftung; <http://iranpresswatch.org/post/18818/bahai-citizen-arrested-ahvaz>)?

beantworte ich wie folgt:

Der Fall der Bahá'í-Angehörigen Mitra Badrnejad Zahadi, die am 3. März 2018 in der Stadt Ahvaz (Iran) verhaftet wurde, ist der Bundesregierung durch die Pressebeurichterstattung bekannt. Die Bundesregierung wird diesen Fall weiter verfolgen.

Die Bundesregierung spricht die Menschenrechtslage in Iran bei allen Kontakten mit iranischen Offiziellen an und kritisiert dabei regelmäßig Menschenrechtsverletzungen gegenüber religiösen Minderheiten. Die schwierige Lage der Bahá'í in Iran, insbesondere ihre wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Diskriminierung, wird dabei prominent thematisiert.

Im multilateralen Rahmen ist Deutschland einer der herausgehobenen Unterstützer der Iran-Resolution in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) und hat – zuletzt beim 37. VN-Menschenrechtsrat in Genf – deutliche Erklärungen zur Menschenrechtslage in Iran abgegeben und unterstützt. Auch in Gesprächen mit den VN wird die kritische Lage der Bahá'í von der Bundesregierung thematisiert.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be the initials 'Aa' or similar, written in a cursive style.